

Antrag 2023/A/9
AfA Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Bundestagsfraktion**Sozialdemokratischen Erfolg weiterführen: Mindestlohn auf mindestens 15 Euro anheben und Mindestlohnkommission reformieren**

1 Der SPD-Bundesparteitag fordert eine
2 schnelle Anhebung des gesetzlichen Min-
3 destlohns auf mindestens 15 Euro. Ferner
4 fordert der SPD-Bundesparteitag die Re-
5 form der Mindestlohnkommission, mit
6 dem Ziel, die Möglichkeit eines Beschlus-
7 ses gegen alle Stimmen der Mitglieder
8 aus den Kreisen der Gewerkschaften zu
9 unterbinden. Ebenso hat die Mindestlohn-
10 kommission die von der EU verabschiedete
11 Richtlinie über angemessene Mindest-
12 löhne in der Europäischen Union für
13 zukünftige Beschlüsse umzusetzen.

14

15 *Empfänger:innen: SPD-Bundesparteitag;*
16 *SPD-Parteivorstand; SPD-*
17 *Bundestagsfraktion; SPD geführtes Bundes-*
18 *arbeitsministerium*

19

20 Begründung

21 Die Einführung des gesetzlichen Mindest-
22 lohns ist ein sozialdemokratischer Erfolg.
23 Gegen Vorbehalte der Union wurde die-
24 ser Erfolg in 2014 erstritten und die Fest-
25 setzung des gesetzlichen Mindestlohns auf
26 8,50 zum 1. Januar 2015 bedeutete für vie-
27 le Menschen eine spürbare Lohnerhöhung.
28 Mit der von der Ampel-Koalition beschlos-
29 senen Erhöhung des Mindestlohns auf 12
30 Euro zum 1. Oktober 2022 wurde an diesen
31 Erfolg angeknüpft: 5,8 Millionen Menschen
32 haben direkt davon profitiert und mehr
33 Geld erhalten. Bis dahin haben die Anpas-
34 sungen auf Grundlage der Beschlüsse der
35 Mindestlohn-kommission seit der Einfüh-

36 rung des Mindestlohns zu einer Erhöhung
37 von 8,50 Euro (2015) auf 10,45 Euro (2022)
38 geführt, was einer jährlichen Erhöhung von
39 knapp 28 Cent entspricht.

40 Mittlerweile hat sich die Situation für die
41 Arbeitnehmer:innen deutlich verschlech-
42 tert: hohe Inflationsraten und damit ver-
43 bundene deutliche Preissteigerungen set-
44 zen gerade Menschen mit geringem Ein-
45 kommen überproportional zu. Für viele Fa-
46 milien, Alleinerziehende und alleinstehen-
47 de Erwerbstätige bedeutet die Entwicklung
48 der letzten Monate eine enorme finanzia-
49 elle Belastung. Gleichzeitig zeigen neus-
50 te Zahlen aus dem Bundesarbeitsministe-
51 rium, dass rund 9,3 Millionen Vollzeitbe-
52 schäftigte mit einer Rente von unter 1.500
53 Euro rechnen müssen. Dazu kommt die
54 anhaltende Erosion von Tarifbindung in
55 Deutschland: In Ostdeutschland profitieren
56 lediglich 45 Prozent von einem Tarifvertrag,
57 in den westdeutschen Bundesländern ist
58 die Quote mit 52 Prozent nur geringfügig
59 höher.

60 Auch wenn die Veränderung des Arbeits-
61 marktes zu einer stärkeren Verhandlungs-
62 macht der Beschäftigten und Gewerkschaf-
63 ten führt, braucht es jetzt schnelle Hil-
64 fe und Unterstützung für Millionen von
65 Menschen mit niedrigem Einkommen. Das
66 beste Mittel hierfür ist ein starker Min-
67 destlohn, der Respekt und Wertschätzung
68 für geleistete Arbeit ausdrückt. Die von
69 der Mindestlohnkommission beschlosse-
70 nen Erhöhung auf 12,41 Euro (1.1.2024) und
71 dann auf 12,82 Euro (1.1.2025) werden die-
72 sem Anspruch nicht gerecht. Auch des-
73 halb haben alle Gewerkschaftsmitglieder
74 in der Mindestlohnkommission gegen den
75 Vorschlag gestimmt, sodass die geringfü-

76 gige Anhebung des Mindestlohns in den
77 nächsten zwei Jahren nur mit der Stim-
78 me der Kommissionsvorsitzenden durch-
79 gesetzt werden konnte. Gerade deshalb
80 braucht es eine Reform der Mindestlohn-
81 kommission und die Arbeitsgemeinschaft
82 für Arbeit steht dabei ganz klar an der Seite
83 der Beschäftigten: Es darf in der Mindest-
84 lohnkommission keine Entscheidungen ge-
85 gen die Stimme der Millionen Beschäftig-
86 ten im Land, die durch die Gewerkschaften
87 repräsentiert werden, mehr geben.